

Die «Finanzstrategie 2027 plus»

Nach den Sofortmassnahmen, die ab 2025 wirksam wurden und auch schon Wirkung zeigen, geht es jetzt um die langfristige Planung der Finanzen. Bis Mitte Jahr wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat Massnahmen zur Beschlussfassung vorlegen, damit die Einnahmen und Ausgaben wieder ins Gleichgewicht gebracht werden können. Der Gemeinderat hat mit der Finanzstrategie 2027 plus die Basis für das weitere Vorgehen geschaffen. Das Papier bildet mit Zielen und Kennzahlen die Grundlage für den Weg zu ausgeglichenen Finanzen, sie präsentiert keine Lösungen. Der Einwohnerrat wird noch im 2026 Beschlüsse fassen können, die bereits ab 2027 wirksam sind.

Eine Gemeinde erbringt zahlreiche gesetzlich vorgeschriebene Leistungen für die Bevölkerung. Dazu gehören Bildung, Gesundheit (z.B. Pflegekosten für die ältere Bevölkerung), Sozialhilfe, Ver- und Entsorgung (Wasser, Abwasser, Abfall), Sicherheit, Mobilität (Strasseninfrastruktur). Wenn die Bevölkerungszahl steigt, steigen automatisch auch diese Ausgaben. Der Kanton hat seinerseits den Gemeinden Mehrleistungen übertragen, ohne die Kosten dafür zu tragen. Hinzu kommt, dass Reinach als grosse Gemeinde viel in den Finanzausgleich einzahlen muss, ohne dafür einen Mehrwert zu bekommen. Leider sind die Steuereinnahmen in Reinach gegenüber diesen Zusatzkosten nicht parallel gestiegen.

Damit die Reinacher Rechnung mittelfristig stabil und zukunftssichernd aufgeht, müssen alle mit anpacken: Politik, Verwaltung, Bevölkerung. Nur gemeinsam kann das Ziel von stabilen Finanzen erreicht werden. Dafür prüft der Gemeinderat alle Handlungsoptionen auf der Aufwand- und der Ertragsseite. Die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen verursachen etwa 85 Prozent der Ausgaben. Die Handlungsoptionen bestehen hier nur in der Ausgestaltung der Leistungen. Beim viel kleineren Teil, den so genannt freiwilligen Leistungen, kann eine Gemeinde selbstständig entscheiden, was mit Steuergeldern finanziert wird. In Umfang und Umsetzung von Prävention, Kultur-, Sport- und Jugendförderung, von Anlässen oder der Kultur- und Sport-Infrastruktur ist sie mehrheitlich frei. Hier werden der Gemeinderat und der Einwohnerrat auf der Grundlage der Finanzstrategie und nach Rücksprache u.a. auch mit den Leistungserbringenden sorgfältig abwägen und entscheiden müssen, was weiterhin mit Steuergeldern bezahlt werden soll und kann. Denn unter dem Strich sollen weder die Lebensqualität der Bevölkerung noch der Wirtschaftsstandort an Attraktivität einbüßen.

Sämtliche Tätigkeiten der Gemeinde werden nun bis Mitte 2026 punkto Notwendigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit, Qualität/Quantität und Finanzierbarkeit hinterfragt. Ermittelt werden sämtliche Sparpotenziale und deren mögliche Folgen. Entstehen wird ein vollständiges Bild der Möglichkeiten und damit eine Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für den Einwohnerrat. Er wird massgeblich entscheiden, welche Massnahmen zur Verkleinerung des Defizits in Reinach umgesetzt werden können. Nur wenn Reinach wieder gesunde Finanzen hat, ist wieder mehr Gestaltungsfreiheit möglich.

Eine Zusammenstellung der drängendsten Fragen:

Frage	Antwort
1. Wieso werden die Reinacher Finanzen genau jetzt zum Thema?	Die Ausgaben der Gemeinde Reinach sind im 2023 sprunghaft gestiegen: vor allem für Bildung (Zunahme Schülerinnen und Schüler, Integration und Förderangebote) und für Gesundheit (Alters- und Pflegekosten). Zum einen lässt die demografische Entwicklung den Aufwand wachsen, zum anderen hat der Kanton mehr Leistung bestellt, ohne die Kosten dafür zu tragen. Die Steuereinnahmen der Gemeinde haben nicht in gleichem Umfang

Frage	Antwort
	zugenommen. Aktuell liegen die jährlichen Ausgaben rund 9 Millionen Franken höher als die Einnahmen. Zudem hat Reinach mit dem Bau des Schulhauses Surbaum und dem Umbau zum «Haus der Musik» Schulden gemacht und sie wird in den nächsten Jahren weitere Anlagen sanieren müssen (Investitionen für ältere Schulhäuser). Deshalb ist ein rasches, entschlossenes Handeln nötig. Zunahme der Kosten und Steuereinnahmen seit 2016 Differenz zwischen Kosten und Steuereinnahmen ca. CHF 9 Mio. Anteil Budget >75 % <i>Die Abbildung aus dem Jahres- und Entwicklungsplan 2026 zeigt die Kostenentwicklung seit 2016 in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit auf. Die Differenz zwischen den Kosten und den Steuereinnahmen haben sich um ca. CHF 9 Mio. sprunghaft verschlechtert.</i>
2. Ist Reinach die einzige Gemeinde mit finanziellen Schwierigkeiten?	Wie die Berichterstattung der letzten Monate über die finanzielle Lage der Baselbieter Gemeinden zeigt, ist Reinach damit nicht allein. Vor allem die grossen Ortschaften leiden unter knappen Finanzen – und das nicht nur wegen des Finanzausgleichs.
3. Ist die Reinacher Verwaltung zu teuer?	Der Personal- und Verwaltungsaufwand von Reinach liegt verglichen mit anderen Gemeinden an der unteren Grenze. Die Verwaltung arbeitet schon seit Langem kostenbewusst und effizient.
4. Was ist unter der «Finanzstrategie 2027 plus» zu verstehen?	Mit der Finanzstrategie 2027 plus hat der Gemeinderat den Grundstein für stabile und zukunftsichernde Finanzen gelegt. Die Strategie hält Ziele, Kennzahlen und Vorgehen fest und löst nächste Arbeitsschritte aus, die zu konkreten Lösungen führen.
5. Was geschieht als nächster Schritt?	Der nächste Schritt im Prozess heisst «Aufgaben- und Leistungsüberprüfung». Alles, was die Gemeinde Reinach macht und anbietet, wird erfasst und genau unter die Lupe genommen. Hinterfragt werden diese Kriterien: Notwendigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit, Qualität und Quantität sowie Finanzierbarkeit. So entsteht ein Gesamtbild, das aufzeigt, wo in welchem Umfang gespart werden könnte und welche Folgen jede mögliche Einsparung hätte. Gleichzeitig oder nachgelagert bearbeitet werden auch weitere Themen wie Liegenschaftsstrategie (Finanzvermögen), Wirtschaftsförderungskonzept, Finanzierungsstrategie, Planungs-/Budgetprozesse, Liegenschaftsunterhalt und viele mehr.
6. Wie lange dauert diese Aufgaben- und Leistungsüberprüfung?	Die Daten werden bis Mitte 2026 erhoben. Danach erarbeitet der Gemeinderat eine Standortbestimmung mit Empfehlungen für den Einwohnerrat. Dieser wird noch 2026 Beschlüsse fassen können, die bereits ab 2027 wirksam sind. Andere Massnahmen brauchen länger, bis sie umgesetzt werden können.
7. Weshalb muss noch gespart werden, obwohl bereits die Steuern erhöht worden sind?	2026 liegen die Ausgaben der Gemeinde Reinach rund 9 Millionen Franken über den Einnahmen. Die Sofortmassnahmen senken die Kosten für 2025 und 2026. Zudem bringt die Steuererhöhung ab 2026 rund 4 Millionen Franken zusätzliche Einnahmen. Das Defizit wird kleiner, bleibt aber weiterhin hoch. Um Ausgaben und Einnahmen langfristig auszugleichen, braucht es weitere grosse Anstrengungen.
8. Wo gibt es überhaupt Handlungsoptionen?	Die meisten Aufgaben muss die Gemeinde von Gesetzes wegen erfüllen. Dazu gehören: Wasser, Abwasser und Abfall (Ver- und Entsorgung), die Sicherheit, die Bildung, die Gesundheit (Kosten für ambulante und stationäre Pflege v.a. für ältere Menschen), die Sozialhilfe und der Kindes- und

Frage	Antwort
	Erwachsenenschutz (Soziales) sowie das Strassennetz (Mobilität). In diesen gesetzlich vorgeschriebenen Bereichen kann lediglich geprüft werden, wie die Leistungen konkret gestaltet und organisiert werden. Bei Themen wie Prävention, Kultur-, Sport- und Jugendförderung, Veranstaltungen oder Sportanlagen ist die Gemeinde weniger an Vorgaben gebunden, da es sich hier um sog. freiwillige Leistungen handelt. Gerade bei den freiwilligen Angeboten stellt sich deshalb grundsätzlich die Frage, was weiterhin und in welcher Form mit Steuergeldern unterstützt werden kann.
9. Werden die Einsparungen Reinach schaden?	Reinach ist ein lebenswerter Ort mit vielen Stärken, die nicht an den Steuerfranken gekoppelt sind. Dazu gehören die gut erschlossene Lage zwischen Stadt und Land, die wertvollen Naherholungsräume, das vielfältige Wohn- und Dienstleistungsangebot, ausgezeichnete Schulen und Arbeitsangebote. Gemeinderat und Einwohnerrat setzen sich dafür ein, dass Reinach weiterhin attraktiv bleibt. Deshalb werden sie ihre Empfehlungen und Entscheide bezüglich Ausgaben und Einnahmen sorgfältig abwägen, um nur das umzusetzen, was für Reinach finanziell wirklich notwendig ist.
10. Was kann unternommen werden, ohne gleich auf Leistungen verzichten zu müssen?	Die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinde können durch verschiedene weitere Massnahmen beeinflusst werden. Zum Beispiel: – wenn mehrere Gemeinden eine Leistung gemeinsam erbringen – wenn eine Leistung von einem anderen Anbieter günstiger ausgeführt werden kann – wenn eine Leistung etwas einfacher gestaltet und ausgeführt wird – wenn sich für eine Leistung eine andere Finanzierung finden lässt – wenn bisherige Gebühren noch nicht kostendeckend verrechnet werden – wenn neue Firmen nach Reinach ziehen – wenn neue steuerzahlende Einwohnerinnen und Einwohner nach Reinach ziehen – wenn sich die vom Kanton vorgegebenen Lasten verkleinern lassen
11. In welchen Bereichen legen Gemeinden ihren Aufwand schon heute zusammen?	Es gibt etliche Zusammenschlüsse: die Feuerwehr Birs, die Versorgungsregion Alter und die Spitex, der Zivilschutzverbund und das Wasserwerk Reinach und Umgebung. Solche Kooperationen senken die Kosten für die beteiligten Gemeinden. Reinach spielt dabei eine wichtige Rolle – einerseits wegen seiner Grösse, andererseits dank der Fachkompetenz der oft langjährigen Mitarbeitenden.
12. Was passiert, wenn man nichts unternimmt?	Nichts zu tun heisst, den Kopf in den Sand zu stecken und die finanzielle Entwicklung einfach weiterlaufen lassen. Schon in wenigen Jahren hätte Reinach kein eigenes Geld mehr. Ohne dieses Eigenkapital kann eine Gemeinde ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen und würde unter die Aufsicht des Kantons gestellt.
13. Werden die Sofortmassnahmen für 2025 und 2026 fortgesetzt?	Die Sofortmassnahmen gelten noch bis Ende 2026. Der Gemeinderat hatte sie beschlossen, um die Kosten kurzfristig zu senken. Diese Massnahmen werden während der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung neu bewertet. So entsteht ein vollständiges Bild, dank dem der Einwohnerrat ein dauerhaft wirksames Gesamtpaket beschliessen kann.
14. Wer entscheidet über die Massnahmen?	Gemeinderat und Einwohnerrat nehmen gemeinsam ihre Verantwortung für gesunde Gemeindefinanzen wahr. Der Einwohnerrat trifft alle finanziellen Entscheide, die nicht in der Kompetenz des Gemeinderats liegen. Nach der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung legt er im Namen der Bevölkerung die nötigen Massnahmen fest. Dabei stützt er sich auf die Standortbestimmung und Empfehlungen des Gemeinderats.

Frage	Antwort
15. Auf was müssen sich die Vereine einstellen?	Vereine und Stiftungen engagieren sich für das gesellschaftliche Leben in Reinach. Die Gemeinde unterstützt viele dieser Angebote zugunsten der Bevölkerung. Vor allem für die Bereiche Sport, Kultur und Prävention gibt es dazu allerdings keine konkreten gesetzlichen Vorgaben. Umso wichtiger sind eine intensive Diskussion und Entscheide darüber, welche Angebote weiterhin mit Hilfe von Steuergeldern finanziert werden sollen.
16. Was spart die Verwaltung bei sich selbst?	Die Verwaltung arbeitet kostenbewusst und effizient, wie auch Vergleiche mit anderen Gemeinden zeigen. Das Personal trägt aktuell viel dazu bei, die Finanzen kurzfristig zu entlasten (Sofortmassnahmen). Bis Ende 2026 werden offene Stellen verzögert, nur teilweise oder gar nicht ersetzt, auf eine Vertretung bei langfristigen Absenzen wird aktuell ebenso verzichtet wie auf Personalanlässe und Weiterbildung.
17. Wie schnell gibt es eine Verbesserung?	Die Sofortmassnahmen zeigen schon für 2025 und voraussichtlich auch für 2026 eine Verbesserung. Ab 2026 bringt der höhere Steuerfuss der Gemeinde zusätzliche Einnahmen. Wie schnell weitere zu beschliessende Massnahmen wirken, zeigt sich erst nach der Überprüfung aller Aufgaben und Leistungen. Erste Beschlüsse des Einwohnerrats sollen bereits ab 2027 umgesetzt werden.
18. Kann weiter investiert werden oder sind solche Projekte gestoppt?	Stillstand heisst Rückschritt. Das ist keine Floskel. Investitionen bleiben nötig, um die Infrastruktur erhalten und den aktuellen Anforderungen anzupassen. Dazu gehört zum Beispiel, dass in den nächsten Jahren die Reinacher Schulanlagen saniert werden müssen. Es ist nicht im Interesse der Politik, die Reinacher Infrastrukturen verlottern zu lassen.